

ENTWICKLUNGSHILFE

Libérale Ranküne

Entwicklungsminister Dirk Niebel und sein Staatssekretär Hans-Jürgen Beerfeltz (beide FDP) haben ein großes Herz für Parteifreunde – und stoßen damit auf heftigen Widerstand eines anderen Freidemokraten, des Bundestagsabgeordneten Jürgen Koppelin. Beerfeltz regte im Aufsichtsrat der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) an, die Bezüge des GIZ-Vorstands Tom Pätz stufenweise um mehrere zehntausend Euro jährlich zu erhöhen. Aufsichtsratsmitglied und Haushaltsexperte Koppelin blockte den Vorstoß mit der Begründung ab: „Pätz ist eine Pfeife.“ FDP-Mitglied Pätz war 2011 von Parteifreund Niebel in den GIZ-Vorstand befördert worden. Auch Beerfeltz' Vorschlag, dem langjährigen Geschäftsführer der Vorgängerorganisation GTZ Bernd Eisenblätter (CDU) nachträglich 30 000 Euro „für sein Lebenswerk“ auszuzahlen, fand keine Mehrheit im Aufsichtsrat. Unter anderem war Koppelin dagegen, der schon bei den überraschenden Kürzungen an Niebels Haushalt 2013 eine entscheidende Rolle gespielt hatte.



Niebel



Mütter in den siebziger Jahren

ULSTEIN BILD

SOZIALPOLITIK

Mütterrente treibt Beitragssatz

Der Unionskompromiss zur Mütterrente gefährdet die Ziele der Bundesregierung. Wird die Vereinbarung tatsächlich umgesetzt, müsste der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung Anfang 2017 auf 19,3 Prozent angehoben werden. Das geht aus ersten Berechnungen der Rentenversicherung hervor. Derzeit liegt der Satz bei 18,9 Prozent des Bruttolohns. Nach bisherigen Plänen der Bundesregierung sollte er auch bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode auf diesem Niveau bleiben. Die Unionsparteien hatten sich nach monatelangem Ringen auf Rentenerhöhungen für ältere Mütter verständigt. Bisher erhalten Frauen für ihre Kinder, die vor 1992 geboren wurden, nur einen

einigen Rentenpunkt gutgeschrieben – also in etwa so viel, als hätten sie ein Jahr zum Durchschnittslohn gearbeitet. Künftig sollen es zwei Punkte sein. Die Rente, die eine Mutter für die Erziehung eines Kindes erhält, würde damit um 330 Euro jährlich steigen. Insgesamt verursacht der Kompromiss Kosten von rund 6,5 Milliarden Euro pro Jahr, die aus Beitragsmitteln finanziert werden sollen. Ende Januar hatte die gesetzliche Rentenkasse Rücklagen von 28,95 Milliarden Euro angehäuft. Die Einigung bei den Erziehungszeiten könnte nun dazu führen, dass diese Reserven schneller als geplant aufgezehrt würden, fürchten die Finanzexperten der Rentenversicherung.

FALL WULFF

Kein Schuldeingeständnis

Eine eher unorthodoxe Formulierung sorgte am vergangenen Wochenende im Fall Christian Wulff für Irritation. Einem Medienbericht zufolge solle der Ex-Bundespräsident in dem gegen ihn und den Filmunternehmer David Groenewold laufenden Ermittlungsverfahren wegen Bestechlichkeit und Bestechung „ein Schuldeingeständnis ablegen“, damit die Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen Zahlung einer Geldauflage beende. Solch eine Verknüpfung ist im Gesetz jedoch nicht

vorgesehen. Bei der Einstellung nach Erfüllung einer Auflage gemäß Paragraph 153a der Strafprozessordnung gilt ein Beschuldigter als nicht verurteilt, nicht vorbestraft – und seine Zustimmung stellt kein Schuldeingeständnis dar. Ein solches hatte der leitende Oberstaatsanwalt Clemens Eimertbäumer auch nicht verlangt, als er am 13. März den Rechtsanwälten von Wulff und Groenewold einen zweiseitigen Brief mit folgendem Kernsatz schrieb: „Das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung könnte durch eine Übernahme strafrechtlicher Verantwortung durch die Beschuldigten in Form der Zahlung von Geldauflagen in Höhe von 20 000 Euro (Wulff) bzw. 30 000 Euro (Groenewold) beseitigt werden.“

ENERGIEWENDE

Von der SPD enttäuscht

Nach dem Scheitern des Energiegipfels wirft Schleswig-Holsteins Umweltminister Robert Habeck einigen SPD-geführten Landesregierungen vor, sie hätten „überaus heftig für die Einzelinteressen der Industrie gekämpft“. Der Grüne, der selbst in Kiel mit der SPD regiert, meint offenbar vor allem die Regierungen von NRW und Hamburg, die massiv die millionenschweren Ausnahmen für energiehungrige Industriebetriebe verteidigt hatten. „Ernüchtert“ stellt Habeck fest, dass die Genossen von den Grünen weiter entfernt seien als die CDU.